



Pressemitteilung

Berlin/Bonn, 20. Juni 2011
PM 14/2011

Deutsche Forscher profitieren besonders stark von Europa

Stärker als jedes andere Politikfeld profitiert die Forschung von der Europäischen Union. Das geht aus den Zahlen hervor, die heute in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) - einem Gremium aus Bund und Ländern - in Berlin erörtert wurden. So steigt beispielsweise das Forschungsrahmenprogramm der EU zunehmend in seiner Bedeutung als Quelle für Drittmittel für deutsche Forschungseinrichtungen und für das deutsche Forschungssystem insgesamt. Die deutschen Hochschulen haben 2008 fast neun Prozent ihrer Drittmittel von der EU eingeworben. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen lag der Anteil sogar zwischen sieben und 19 Prozent.

Deutsche Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen warben bis Ende 2010 fast ein Fünftel (18,6 Prozent) der Mittel ein, die im Rahmenprogramm für den gesamten europäischen Forschungsraum zur Verfügung stehen. Dieser Rückfluss entspricht vollständig dem deutschen Finanzierungsbeitrag.

Auch über den rein finanziellen Aspekt hinaus profitiert Deutschland vom Forschungsrahmenprogramm: Das zeigen die zahlreichen Kooperationen und der Austausch mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ganz Europa. Durch die Exzellenzförderung durch den Europäischen Forschungsrat wurde eine Lücke in der europäischen Förderlandschaft geschlossen. Auch dies kommt der deutschen Forschung zugute.

Darüber hinaus nimmt die Anzahl internationaler Forschungsprojekte zu und damit die Wirkung der strategischen Ausrichtung der europäischen Forschungspolitik: Der europäische und internationale Wettbewerb um die Anwerbung von Spitzenkräften wird stärker.

Gesprächspartner der GWK waren die Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie ein hochrangiges Mitglied des Kabinetts der EU-Forschungskommissarin.

Zentrales Thema des Gesprächs waren vor allem die Rahmenbedingungen für Forschung und Wissenschaft, die für Erfolge im internationalen Wettbewerb notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise der Abbau von Hemmnissen bei der Forschermobilität oder die Sicherstellung attraktiver und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Dual Career

Centers und Welcome Centers sollen künftig wichtige Instrumente zur Anwerbung wissenschaftlichen Spitzenpersonals sein.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Frage, wie europapolitische Entwicklungen im Forschungsbereich auf nationaler Ebene schneller aufgegriffen und genutzt werden können. Bund und Länder vereinbarten, sich in den Gremien der GWK zukünftig noch intensiver den Rückwirkungen europäischer Forschungspolitik auf das nationale Wissenschaftssystem zu widmen.

„Nur wenn Bund und Länder gemeinsam an einem Strang ziehen, kann es gelingen, forschungspolitische Impulse aus Brüssel rechtzeitig und gewinnbringend für das nationale Wissenschaftssystem aufzugreifen. Europa muss in die Forschungspolitik als feste Größe stärker integriert werden. Es wird künftig auch darum gehen, die Karrierewege für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler international und europaweit attraktiv und transparent zu gestalten“, betonte der GWK-Vorsitzende, Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner.

Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hob hervor, dass eine starke nationale Wissenschaftslandschaft Grundlage für eine erfolgreiche Beteiligung Deutschlands an den Prozessen der Europäisierung sei. Hier sei Deutschland sehr gut aufgestellt. „Deutschland hat seinen Platz in der Spitzengruppe der weltweit leistungsfähigsten Wissenschaftssysteme deutlich ausgebaut“, sagte Quennet-Thielen. „Dies zeigt sich auch darin, dass im Forschungsbereich als einzigem Politikbereich der deutsche Finanzierungsbeitrag wieder vollständig nach Deutschland zurückfließt.“